

2 Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen

Unterrichtung
durch die Landesregierung 6989

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Sozialbericht NRW 2007 legt in schonungsloser Offenheit die Einkommensarmut von 2,5 Millionen Menschen in NRW dar. Darunter sind 815.000 Kinder und Jugendliche. Dabei ist das Armutsrisiko, wie im Bericht festgestellt, im Zeitraum von 2000 bis 2005 noch einmal leicht von 13,7 auf 14,3 % gestiegen.

Der Armutsbericht zeigt auch auf, dass sich die Situation in den Regionen in NRW unterschiedlich darstellt, wobei diese Situation in den Ballungsräumen, insbesondere im Ruhrgebiet, deutlicher zum Tragen kommt als in ländlichen Bereichen.

In diesem Bericht wird auch sehr deutlich, dass Bildung die zentrale Ressource für die Verwirklichung von Lebensträumen und Chancen ist. Hervorgehoben wird, dass die Menschen mit höherem Bildungsgrad seltener in den Armutsstrudel hineingeraten. Das ist das Zeugnis über die Arbeit der rot-grünen Landesregierung.

Der Sozialbericht weist darauf hin, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße von der Einkommensarmut betroffen sind. Die Armutsrisikofaktoren sind Erwerbslosigkeit, geringe Qualifikation sowie die Zugehörigkeit zur Gruppe der Migrantinnen und Migranten. Ein überdurchschnittliches Armutsrisiko tragen laut Bericht Kinder und Jugendliche. Jedes vierte Kind im Alter unter 18 Jahren lebt in einem einkommensarmen Haushalt.

Eine der größten Ursachen für Armut ist die geringe Schulbildung. Die geringe Qualifikation endet in aller Regel in der Spirale der Einkommensarmut. Menschen ohne Schulabschluss bleiben zu 93,3 % ohne beruflichen Bildungsabschluss.

Daraus entwickeln sich weitere Probleme: zum einen die eben genannte statistische Einkommensarmut, die eintritt, sobald ein gewisses Einkommen unterschritten wird, und zum anderen die tatsächlich gefühlte Armut, die die Menschen durch Ausgrenzung und Diskriminierung, also durch fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, erfahren. Deshalb meine ich: Der wichtigste Punkt der Armutsbekämpfung ist, dafür Sorge zu tragen, dass den Kindern eine optimale Schulausbildung zur Verfügung gestellt wird. Ein Großteil der Armut kann nur durch Bildung bekämpft werden. Das hat schon Nelson Mandela erkannt – ich zitiere –:

„Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.“

(Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Warum machen Sie das nicht? – Gegenruf von Rudolf Henke [CDU]: Das ist eine freche Frage! – Weitere Zurufe)

Wir haben nach dem Nichtstun der alten Landesregierung – das Nichtstun bestätigt dieser Bericht – in die Bildung investiert. Hier sei nur genannt: Ganztagsbetrieb der Hauptschulen, zusätzliche Förderung in den Schulen, mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn ist aber auch eine entsprechende Sprachschulung vor Beginn der Schulzeit. Deshalb legt die CDU/FDP-geführte Landesregierung auf die Spracherziehung großen Wert. Das ist unser Verständnis von Fordern und Fördern. Die Vorgängerregierung hat hier keine effektiven Maßnahmen ergriffen, kritisiert aber jede Maßnahme der jetzigen Landesregierung. Nur: Lassen Sie uns doch erst einmal machen!

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Auch die erste Serie der Sprachtests hilft, die Sprachdefizite – besonders bei den Kindern ohne Kenntnisse – zu verbessern und die Kinder zu fördern. Insbesondere für Personen mit Migrationshintergrund sind diese Maßnahmen enorm wichtig. Sie unterliegen einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko; bei den Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt es sogar 38,4 %. Der Bericht stellt fest, dass in keinem anderen Staat Kinder mit Migrationshintergrund so geringe Chancen im Bildungssystem haben wie in Deutschland.

Dieser Bildungsnotstand, der durch den Armutsbericht verdeutlicht worden ist, wird durch eine erschreckende Zahl aufgezeigt. Allein 39,6 % der bei uns lebenden Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit haben keinen Abschluss einer allgemeinbildenden Schule. Es wird deutlich: Eine geringere Qualifikation mindert die Erwerbschancen und raubt damit alle Möglichkeiten auf ein existenzsicherndes Einkommen.

Darüber hinaus haben die Maßnahmen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen dazu geführt, dass Nordrhein-Westfalen 2006 zum Aufsteigerland Nummer eins in Deutschland wurde. Die Menschen haben wieder Vertrauen gefunden, die Menschen packen wieder an. In diesem Jahr sind wir das Mittelstandsland Nummer eins – sogar vor Bayern.

Das hat dazu geführt, dass wir 113.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr und 170.000 Arbeitslose weniger haben. Wir haben nicht nur die Zunahme an Arbeitsplätzen, sondern haben auch im Bereich der Weiterbildung den Bildungscheck erfolgreich eingeführt, der Arbeitnehmern zusätzliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung wirken nicht nur der Einkommensarmut entgegen, sie ermöglichen Teilhabe am Leben und unterstreichen die Notwendigkeit lebenslangen Lernens vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und wirken der Altersarmut entgegen.

Zur Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen, die nicht sofort in das duale Ausbildungssystem einsteigen können, haben wir die Möglichkeiten über das Werkstattjahr, „Jugend in Arbeit“, Ausbildung zur Altenpflegehelferin mit staatlichem Abschluss, um nur einige zu erwähnen.

Ziel der schwarz-gelben Landesregierung ist es, allen Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe am Leben zu geben. Das schließt die ca. 1,6 Millionen schwerbehinderten Menschen in Nordrhein-Westfalen natürlich ein, doch jüngere Behinderte haben in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich oft keinen schulischen und beruflichen Abschluss. 42,2 % der erwerbsfähig behinderten Menschen gehen einer Arbeit nicht nach. Daher hat die Landesregierung das Programm „Teilhabe für alle“ mit über 40 Maßnahmen und Projekten in den Bereichen Arbeit, Bildung und Familie, Wohnen und Abbau von Barrieren auf den Weg gebracht.

Der Sozialbericht NRW 2007, der in aller Offenheit die soziale Situation in unserem Land darstellt, ist der Bericht der jetzigen Landesregierung, aber er ist das vernichtende Zeugnis der Politik von Rot-Grün, die in den Jahren 2000 bis 2005 für dieses Land verantwortlich waren.

(Beifall von der FDP)

Dieser Bericht ist der eindeutige Beweis für vertane Chancen, eine menschengerechte Teilhabe am Leben in Nordrhein-Westfalen zu erzielen. Wenn Frau Kraft heute Morgen gesagt hat, wir müssen mit Siebenmeilenstiefeln voranschreiten, kann ich nur sagen, Frau Kraft: Sie sind barfuß rückwärts gelaufen, und wenn Sie sich jetzt wenden, werden Sie mit Sicherheit schwindelig.

Dass wir heute im Plenum über diesen Bericht sprechen, zeigt, dass die CDU/FDP-geführte Landesregierung die Problematik erkannt hat, sie ernst nimmt und von Beginn an Lösungsstrategien entwickelt hat und weiter daran arbeitet. Das, was wir vor der Wahl versprochen haben, haben wir umgesetzt und werden wir umsetzen. Die Erfolge in Bildung und in Arbeit zeigen die ersten positiven Ansätze.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen kann mit CDU und FDP auf eine gute Zukunft bauen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. Auch von dieser Stelle wünschen wir Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen alles Gute zum Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)